



Pohank oder Rinken losche. Bei einer durchschnittlichen Verteilung von nur 5 Pf. pro Pfund ergibt das einen Mehraufwand von  $254.000,5 \times 26 \times 5 \text{ Pf.} = 66.040 \text{ Mk. pro Jahr.}$

Gegen früher verteuert sind sodann die **Kartoffeln**, bezüglich deren Stuttgart auf ein unverhältnismäßig kleines Einzugsgebiet beschränkt ist; eine besonders empfindliche Preiserhöhung hat aber in den letzten Jahren das Gemüse erlitten. Eine Steigerung des Verbrauches von solchem ist, da hier das Gemüse nicht nach Gewicht und Qualitätsabstufungen, sondern nach Aussehen, Umfang und Zucht verkauft wird und zuverlässige Erhebungen und Vergleiche nicht vorhanden sind, unmöglich. Aus den Preisen der Produzenten wird eine stehende Steigerung der Preise von 10 bis 15 Proz. gegen 1901 ausgehen, nach Ansicht der Statistiker beträgt sie aber 25-30 Proz. Der Jahresausgaben 1906 war ja für den Gemüsebau ein in viel höherer Hinsicht unangünstiger.

Zweifelslos daneben teurer ist das **Ei** geworden, dessen Einfuhr vom Ausland neuerdings noch durch den neuen Zoll erschwert worden ist. Auch bezüglich des **Erbsen**verbrauches ist aus leicht verständlichen Gründen ein ziffernmäßiger Nachweis nicht herbeizuführen. Um aber doch ungefähr ein Bild von der beträchtlichen Steigerung dieser Preiserhöhungen zu bekommen, sei angedeutet, daß durch die Erbsen einer fünfköpfigen Familie ein Gemüse, Kartoffeln, Salatkräutern und Ei um nur 5 Pf. verteuert werden sei. Bei diesem rückwärtigen Satz betrug die Verteilung im ganzen Jahre damals 27 Pf. 20.

Der gesamte Mehraufwand der Bevölkerung Stuttgarts, der infolge der hohen Preise von 1906 gegen 1901 der Verteilung näher näherer Schichten zu leisten war, betrug also auf nur 550.000 Mk. oder pro Kopf der mittleren Jahreshälfte über 20 Mk.

Die Frage, inwiefern die neuen Ziele zu dieser Verteuerung beitragen, ist nur für diejenigen Lebensmittel lösbar, über deren Verbrauch genauere Aufzeichnungen vorliegen und, z. B. für das Fleisch. Daß die neuen Ziele bei dem inländischen Viehwirtschaft zu einer direkten wie indirekten Verteuerung beitragen, dürfte kaum zu bezweifeln sein. Unstritten ist ebenfalls nur die Frage, um wieviel durch diese neuen und gegen früher bedeutend erhöhten Ziele der Fleischkonsum verteuert wird.

Wenn der Fleischkonsum durch den neuen Zoll in seinem vollen Umfang belastet wird, so beträgt nach den Verbrauchssummen von 1906 die Mehrbelastung:

bei 1577 875 kg Rindfleisch	2	4 Pf.	=	126 280 Mk.
783 974 "	2	6,34 Pf.	=	96 872 "
4924 591 "	2	6,3 Pf.	=	620 198 "
1 664 212 "	2	3,213 Pf.	=	106 912 "
6 079 854 "	2	3,47 Pf.	=	421 941 "
169 396 "	2	6,7 Pf.	=	21 150 "
Zusammen				1 393 572 Mk.

Für das Brot kommt ein Zehntelteil gegen früher von 2 Mk. pro Doppelkammer Weizen in Betracht. Auf das Weizen umgerechnet, beträgt der Aufschlag je nach der Reinheit der Mählung 2,50-3 Mk. Nimmt man an, daß 100 kg aus Weizen durchschnittlich 140 Pfund Brot ergeben, so beträgt der Aufschlag auf 1 Pfund Brot, wenn nur 2,50 Mk. in Rechnung gestellt werden, 0,89 Mk. oder für die wie oben erwähnten 25.000.000 Mk. Bevölkerung der Stuttgarter Bevölkerung rund 65.000 Mk. Die Verteuerung pro Pfund durch den neuen Zoll deckt sich fast genau mit der gesamten Verteuerung des Brotes überhaupt. Letztere wäre zweifelslos noch höher als sie ist, wenn nicht der Pader hier durch die über die Konkurrenz gewonnenen, jene trotz geringerer Arbeitelöhne und Materialpreise wohlfeiler Holz usw. und gegen frühere Jahre ebenfalls im Preise gesunken und der Mehraufwand der Bevölkerung dafür beläuft sich in die Millionen zum größten Teil auf sich zu nehmen.

Die wie oben gekennzeichnete Verteuerung der Fleischpreise hat ein verhältnismäßig hohes Maß des jährlichen Fleischverbrauches im Gefolge gehabt.

Das hier geschätzte und in verhältnismäßig einfacher Weise durchgeführte Ergebnis zeigt und schließt sich demnach auf folgendes Quantum:

		bei einer mittleren		pro Kopf auf	
		Jahresverteilung von			
1906	15 188 625 kg	253 657	59,88 kg		
1905	15 358 105	246 509	62,30		
1904	13 711 381	198 461	69,10		
1903	13 334 969	193 553	68,00		
1902	12 638 246	188 790	67,		
1901	12 852 585	184 125	70,02		
1900	12 816 448	175 690	73,20		

Zur Ergänzung des Bildes sei noch bemerkt, daß der Fleischverbrauch von 44255 Kilo = 0,25 Kilo pro Kopf im Jahre 1900 auf 80610 Kilo = 0,38 Kilo pro Kopf im Jahre 1906 stieg.

## Die neuen Lohnbestimmungen für die städtischen Arbeiter in Köln.

I.

In der Nummer 44 der „Gewerkschaft“ vom vorigen Jahrgang besprochen wir bereits kurz die neuen Lohn- und Arbeitsbestimmungen, die auf Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 27. September und 11. Oktober vorigen Jahres am 1. Dezember 1906 in Kraft traten. Zum Zwecke der Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter 172.000 Mk. bewilligt. Dargestellte Summe soll sich wie folgt verteilen:

Friedhof	20 550 Mk.
Kuhpark und Straßenreinigung	158 938 "
Friedhof	21 000 "
Gartenverwaltung	14 665 "
Gartenverwaltung	22 664 "
Schlachthofverwaltung	24 415 "
Marktverwaltung	4 755 "
Trambahnen	34 388 "
Vorortbahnen	12 531 "
Radcamillen	10 000 "
Gasbauamt	675 "
Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke	110 000 "

Es wurden insgesamt 661.000 Mk. als jährliche Mehrausgabe in den Etat eingeschlagen. Wer in der städtischen Lohnpolitik verstanden hat, der geht aus der vorstehenden Summe - keineswegs den Zahlen, die jeder in Köln kommende Arbeiter in einer ihn betreffenden Weise bekannt sind. Es handelt sich nicht um einmal über die Höhe vorzulegen, die empfindlich rationellsten Arbeiter, die sich ganz besonders in der Verteilung der Lohnsummen und der Arbeiterausgabe bei der Verteilung der Lohnsummen und der Schaffung der neuen Lohnsätze darzulegen, bringen es ohne weiteres mit sich, daß das Gesamtergebnis nicht den Wünschen der Arbeiter entspricht. Namentlich noch hinzu, daß die Direktoren bei der Auslegung der neuen Bestimmungen von rein fiskalischen Interessen leiten lassen. Die Statistiker der einzelnen Dienststellen nach im Einzelnen haben, daß die bewilligten Summen letzten Endes gar nicht aufgebraucht werden, weswegen und selbstverständlich weder Stadtverwaltung noch Stadtverordnetenversammlung. Von den erparten Summen erfährt die Lohnempfänger nichts. Zum Beispiel stellen die neuen Bestimmungen einen nicht zu verkennenden Erfolg der Umstellung dar, ein neuer Beweis für die Unmöglichkeit des gemeinschaftlichen Zusammenrückens der Gemeindegewerkschaften. Zur Zeit der Einleitung der Lohnforderungen und deren Verteilung waren im Schnitt für den Kuhpark, Friedhof und Gartenbauverwaltung der städtische Hilfs- und Transportarbeiterverband, für die Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke und Straßenbahnen - das Jahrpersonal derselben hatte bereits keine Lohnbewegung beendet - unter Gemeindegewerkschaften vereinigt. Die Lohnbewegung in der Gasanstalt wurde mit den Elektrischen und Gas- und Wasserwerken gemeinsam geführt. Inzwischen haben wir Ermöglicht worden im Friedhofamt, Gas- und Wasser- und Marktverwaltung. Auch im Kuhpark sollten wir Auf. Wir müssen uns in der Verteilung der neuen Bestimmungen, die der Stadt in verschiedenen Teilen sein soll, aus nachfolgenden Gründen auf die Einzelheiten für uns jetzt in Frage kommenden verweisen.

Nehmen wir als erste die Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Werke, die einer Besoldung unterliegen und für die ein einheitlicher Lohnsatz festzusetzen wurde den wir nebenbei in einem anderen Umfange zum Ausdruck bringen. Die Bestimmungen, die in bescheidenen Teilen der Aufstellung anderer Lohnsätze festgestellt werden konnte und die zulassen nur bei zufriedenstellender Leistung und entsprechender Leistung gewährt werden, die auch im vorliegenden Fall enthalten sind, deren Wert sich nur oberhalb der Lohnforderungen, wenn allerdings nicht abgibt, ist, daß diese und Lohnsätze nicht mehr abgelehnt werden. Was auf diesem Gebiete noch abgelehnt werden kann, wird geklärt. Die Höhe und entsprechende Höhe der Lohnsumme der neuen Bestimmungen durch die Lohnempfänger ist unklar. Der Arbeiterausgang ist für alle diese in Lohnsummen und in Lohnsummen. In der Zeit, die aber bekanntlich der Lohnsummen. Als sich bei der Auslegung der Lohnsummen Ungerechtigkeiten ergaben, konnte man nichts sagen, sondern, daß der Arbeiterausgang, der nach den Wünschen der Stadtverwaltung die Organisation betreffen soll und es im vorliegenden Falle auch ist, die Lohnsummen summierte und sie zum weiteren Erfolg der Direktoren unterbreitete.

Die Bemerkung der Lohnsummen liegt sehr viel zu wünschen übrig. Wir müssen allerdings zugeben, daß die Unklarheiten im Lohn mit dem Fortschreiten des Jahres nicht leicht vermindert werden. Lohnsummenbestimmungen müssen getroffen werden. Ziel ist jedoch: wird die Bestimmung, wonach die älteren Arbeiter,

um in den Genuss des ihnen tariflich zustehenden Lohnes zu kommen, an den Lohnsteigerungsterminen anstatt einer Lohnzulage deren drei ausbezahlt erhalten sollen, streng innegehalten, so würden diese Ungleichheiten, die immer und immer wieder zur Unzufriedenheit und Streitigkeit unter den Arbeitern Anlaß geben, in ein paar Jahren aus der Welt geschafft sein. Stellt sich aber an jedem Lohnsteigerungstermine ein solcher Lohnabstich ein, wie an dem im Dezember des vergangenen Jahres, bei welchem die Herren der Verwaltung, vom letzten Schlichterlein angefangen bis zum Direktor, die Köpfe verloren zu haben schienen, so werden wir wohl einen fern ausgearbeiteten Lohnstarif haben, dessen Durchföhrung wir aber nicht erleben. Das letzte Beispiel trifft auf alle jüdischen Betriebe zu. Wir könnten Tüdinge von Kallen nachweisen, wo Arbeiter unter 30 Pf. Zulage erhielten, trotzdem sie auf eine solche Anwartschaft. Auf der anderen Seite natürlich war man wieder freigebig, da hat man Arbeitern bis zu 80 Pf. ja bis zu 1. - RM. Lohnzulage gewährt. So konnte es kommen, daß beispielsweise auf jüdische Welt jetzt Erdarbeiter mit 5 Dienstjahren genau ebenselbst an Lohn erhalten, wie selbständig arbeitende Installateure mit 6 Dienstjahren. Das sollte doch der Direktion, aber auch den Arbeitern zu denken geben.

Lohnstarif für das jüdische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk Köln.

Nummer	Kategorie	Anfangslohn RM.	Spätslohn RM.	Zulagen		Wohlfühllohn mit Zuschlag
				Seitang	Jahre	
1	Hohr-, Filter-, Maschinen-, Werkstatt-, Maurer-, Gasreinigung-, Stoßer-, Hof- u. Montagemeister, Materialverwalter	5.50	7.-	5.30	2 J.	10
2	Übermaschinen, Oberheizer, Obermonteure	5.-	6.50	5.30	2 J.	10
3	Vorarbeiter bei der Holzlegung	5.-	6.50	5.30	2 J.	10
4	Stiegemeister	4.50	6.-	5.30	2 J.	10
5	Wärmer, nichtuniformierte Potzer, Purcandienen	3.50	4.70	4.10	1 J.	10
6	Beleuchtungsaufsicher	3.70	5.20	5.20	1 J.	10
7	Reinmechaniker	4.-	6.50	10.25	1 J.	10
8	Steinmauer in der Gasanstalt	4.50	6.-	5.20	1 J.	10
9	Handwerker, Maschinen-, Heizer	4.-	6.-	10.20	1 J.	10
10	Regulierer der Gaswerke	4.-	5.-	10.10	1 J.	10
11	Stoßer, Gefreite, Partiemeister	4.70	5.50	4.20	1 J.	4
12	Werkstätten-, Generator-, Stoßer der Wassergasanstalt	4.-	5.20	2.20	1 J.	10
13	Hülfsarbeiter der Wassergasanstalt	3.50	4.50	3.20	1 J.	7
14	Potzer, Kohlenfahrer, Ammorial, Fabrikarbeiter, Dienstarbeiter des mechanischen Betriebes	3.90	4.90	10.10	1 J.	10
15	Mohrleger, Installateure, Monteur, Habelleger	3.50	5.50	10.20	1 J.	10
16	Regulierer, Schalttafelwärter, Akkumulatorenwärter, Hülfsmaschinenführer, absteher, Krankenbetreuer	3.50	5.-	5.20	1 J.	10
17	Magazinarbeiter	3.50	4.70	5.10	1 J.	10
18	Hühnenarbeiter, Kohlenab-, oder Brandfahrer der Gasanstalt	3.70	4.70	10.10	1 J.	10
19	Hof-Menschenarbeiter, Zuschläge der Gaswerke	3.50	4.50	10.10	1 J.	10
20	Plangierer	3.70	4.70	10.10	1 J.	10
21	Wächter	3.50	4.50	10.10	1 J.	10
22	Spindler bei d. Maurern der Gasanstalt	3.50	4.50	10.10	1 J.	10
23	Erdarbeiter	3.50	4.50	4.30	1 J.	10
24	Lampenwärter der elektrischen Beleuchtung	3.30	4.30	10.10	1 J.	10
25	Katernenwärter	2.70	3.20	5.10	2 J.	10
26	Zugelöhner, Hof- u. Hülfsarbeiter	3.50	4.70	2.20	1 J.	10

1) Außerdem die Prämie. 2) Außerdem die Prämie. 3) Nicht voll befähigt.

Der Tarif sieht vor, daß die Anfangslöhne erhöht werden sollen. Nachstehend eine auszugsweise Zusammenstellung:

Kategorie	Vorheriger	Neuiger
	Anfangslohn RM.	Anfangslohn RM.
Vorarbeiter	4.50	5.00
Beleuchtungsaufsicher	3.50	3.70
Handwerker, Maschinen-, Heizer	3.50	4.00
Erdarbeiter	3.00	3.50
Hof- u. Hülfsarbeiter	3.30	3.50
Katernenwärter	2.50	2.70
Wärter der elektrischen Lampen	3.00	3.30
Kohlenfahrer	3.70	3.80
Hühnenarbeiter	3.30	3.70

Der Anfangslohn der Maurer, Reinmechaniker, Mohrleger, Installateure blieb leider derselbe, wenn auch die Steigerungssätze eine Verbesserung erfuhren. Den Stoßern der Gasanstalt bringt der neue Lohnstarif überhaupt keine Verbesserung. Man glaubt mit der Einführung der Achtstundensicht für diese Arbeiterkategorie genug getan zu haben. Daß aber die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit noch lange kein Ausgleich zwischen den erhöhten Lebenskosten und dem Lohnverkommen darstellt, das sollte doch schließlich die Verwaltung einsehen. Und schließlich sind doch die Lohnhöhungen der anderen Arbeiter im Hinblick auf die Lebensmittelerhöhung bewilligt worden.

Um den materiellen Effekt der neuen Lohnbestimmungen in etwas kontrollieren zu können, haben wir Fragebogen ausgegeben. Das durch diese Fragebogen gesammelte Material veranschaulichen wir in den zwei untenstehenden Tabellen. Die erste Tabelle zeigt

Kategorie	Erlaubte Zulagen								Ca.	Jahres Zuschuß Tagelohn RM.
	10 Pf.	15 Pf.	20 Pf.	25 Pf.	30 Pf.	40 Pf.	50 Pf.	60 Pf.		
Hülfsaufseher	—	—	—	2	—	—	—	—	2	5.-
Vorarbeiter	—	1	—	1	—	—	—	—	3	4.94
Reinmechaniker	—	—	—	2	2	—	—	—	4	5.37
Stoßer	—	—	—	1	—	—	1	1	3	4.71
Installateure	5	—	8	—	25	3	1	3	45	4.27
Mohrleger	—	—	4	—	12	2	—	—	19	4.08
Aufstreicher	—	—	—	—	—	—	—	1	1	5.20
Bremer	—	—	—	—	—	—	—	2	2	5.20
Maurer	—	—	—	—	1	1	2	2	6	4.85
Mechaniker	—	—	—	—	—	—	4	—	4	4.92
Hülfsarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hofarbeiter	2	1	7	—	15	13	7	3	48	4.04
Hülfsinstallateure	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hammer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erdarbeiter	3	—	1	—	2	3	10	15	34	4.08
Ehne Angabe	—	—	5	—	—	2	1	1	9	4.50
<b>Zumma:</b>	<b>10</b>	<b>2</b>	<b>25</b>	<b>2</b>	<b>61</b>	<b>24</b>	<b>27</b>	<b>28</b>	<b>179</b>	<b>—</b>

uns die Wirkung des neuen Lohnstarifes in den Außenbetrieben des Gas- und Wasserwerkes. Auf Vollständigkeit kann diese erste wie auch die zweite Tabelle keinen Anspruch erheben. Zunächst waren nur ja in der Aufnahme der Statistik auf unsere Verbandstollegen angewiesen; die indifferenten Kollegen kümmerten sich eben nicht um dieser Sachen, erwidern nicht ein einziges derselben die ihm zugesandte Lohnzulage als nicht verdient zurückgewiesen hat. Das alte Lied. Aber auch ein Teil unserer eigenen Verbandstollegen ließen uns im Stich. Das ist recht bedauerlich, wenn auch nicht bekannt werden soll, daß die um dieselbe Zeit eingeleitete Wohlfühlbewegung viele unserer tabellarischen Kollegen von der gewerkschaftlichen Bewegung abwandern ließ. Die Katernenwärter schloßen wir aus, dieselben erreichten durchweg 20 Pf. Zulage. In der zweiten Tabelle laugten nur die Stoßer auszuhalten, da ja deren Lohnverhältnis fast die gleiche blieb. Betreffend die Hofarbeiter ist fast gar nicht an der Aufnahme der Statistik beteiligt haben, wodurch der Wert derselben beträchtlich sinkt. Willst du helfen, so es noch nach

Kategorie	Es erhielten Lohnzulagen pro Tag						Zusammen	Jahres Zuschuß Tagelohn RM.	
	10 Pf.	15 Pf.	20 Pf.	25 Pf.	30 Pf.	40 Pf.			
Handwerker, Heizer, 1. Maschinen	11	3	1	1	5	1	17	39	4.43
Maurer	4	6	—	—	—	—	—	10	5.10
Maurerbandlanger	—	—	—	—	6	—	—	6	4.05
Mohr Kohlenfahrer	2	13	6	—	2	1	—	24	4.14
Hof-Hülfsarbeiter	6	—	—	—	2	—	—	8	—
<b>Zumma</b>	<b>23</b>	<b>22</b>	<b>7</b>	<b>1</b>	<b>15</b>	<b>2</b>	<b>17</b>	<b>57</b>	<b>—</b>



In der zweiten Tabelle fällt besonders auf, daß die Maurer sehr schlecht abgezeichnet haben. Obwohl sie S. 10, ja nicht an Zahlen in der Gesamtheit beschäftigt sind, erhielten sie nur 13 Pf. Lohnzulage. Hier waren wurden ganz überleben, darunter ein Kollege mit 26 Pfennigabern. Hier sehen wir das bestätigt, was wir eben hinsichtlich der Auslegung des Lohntarifes sagten. Die Kollegen waren nicht organisiert, ein Beweis dafür, daß das Zeit halten am Silbergraben selbst den geduldigsten Arbeiter vor Schaden nicht abwehrte.

Insoweit die wirtschaftliche Lage der in Frage kommenden Arbeiter durch die Lohnberhebungen gebessert wurde, läßt sich bis heute noch nicht überleben. Eine Verringerung der Lohnverhältnisse wird allerdings die Lohnzulage wieder aufzuheben, so daß letzten Endes die Arbeiter nicht besser gestellt sind, wie vorher. Schon ein Blick auf die Durchschnittslöhne zeigt, daß wir noch lange nicht zufrieden sein können. Darum heißt es, erneut in den Kampf um bessere Existenzverhältnisse einzutreten, dabei nicht vergehend, daß wir auch unsere ganze Kraft für die Durchführung der jetzigen Bestimmungen einbringen müssen. Dazu bedarf es der Ausdehnung unseres Verbandes.

Die Einführung der vollständigen Arbeitszeit ist, soweit wir unterrichtet sind, in keinem Maße auf Widerstand gestoßen. Zufallend ist nur, daß man mit dem zweifundendsten der Tischlermeister, Seiler, Sozialratel, Klempner und Bademeister auf der Gesamtheit nicht rechnen wird. Hier muß zunächst eingestrichelt werden. Das es möglich ist, auch für diese Kategorien eine längere Arbeitszeit einzuführen, das beweist uns die Gesamtheit in Tullin, dort, wo man bei der Arbeiter- und Dienstpersonal die vollständige Stunde zur Einführung brachte, das beweist uns aber auch das elektrische Werk in Köln, indem die Arbeiter gleiches Wertepunkt nur neun Stunden arbeiten, wolle auch hinsichtlich der Fortschritt der Arbeitszeit haben wir noch ein reichliches Spiel zu lassen. Da heißt es heißt im, darum müßte mit der vollständigen und Anzahl, von der sich heute noch so viele Kollegen nicht betreiben können. Die „Landwende Bewegung“ der Arbeiter, daß deren nach dem Direktor der Gas-, Wasser- und elektrischen Werke die neuen Verbesserungen geschaffen werden, muß anhalten immerdar. Nicht heißt auch hier stehen. Darum steht uns Wert, der Erfolg bleibt nicht aus. Die Parole sei von nun an: Einmütig in den Gewerkschaften!

benährt. Sonst aber können wir nicht ohne Verdrüß berichten, daß sich unserer Agitation alle die Schwierigkeiten entgegenstellen, die sich bei einer großen, oftmals ihre Arbeitstelle wechselnden Arbeiterklasse zeigen. Ein großes Maß von Geduld und Ausdauerungsvermögen ist nötig, um nachhaltige Aufklärungsarbeit zu vollziehen.

So hat denn im verfloßenen Jahre gerade die Filiale Groß-Berlin zeigen müssen, daß sie gewiß ist, auch an dem ferneren Ausbau des Verbandes mitzueilen. Die Propagierung der Untergangseinrichtungen, die natürlich bei den bisherigen Vertragslagen nicht zu erreichen waren, bildete eine der hauptsächlichsten Aufgaben der Agitation. Die Vertragserhöhung und die damit verbundene Weiterentwicklung des Verbandes war der Präzision, an dem sich zeigen mußte, ob der Mitgliederbestand wirklich einen Sturm aushalten konnte. Die im Laufe des Jahres erfolgte stärkere Führung der Kassengeldarte reagierte es mit sich, daß mit dem leidigen Aktantenumwehen energisch umgegangen und Kollegen aus den Reihen entfernt wurden, die widerrechtlich noch als treue Mitglieder geführt wurden.

Im Berichtsjahre haben sich die Gesellschafter, soweit die Agitation in Frage kommt, bedeutend vermehrt. In 1900 Sitzungen, Versammlungen und Parteiverhandlungen fanden im Agitationsbezirk von Groß-Berlin statt. Neben der Ereignisse der ersten drei Quartale des Jahres 1900 können wir täglich mit wenigen Worten hinhinweisen, da sie in den regelmäßig vierteljährlich in der „Gewerkschaft“ erscheinenden Berichten ausführlich behandelt worden sind.

Im März hatte die Berliner Kolonnenliste in einer fast vollständigen Vertreterversammlung dem Kommittee gezeigt, daß sie mit dem sozialistischen Willen der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung nicht einverstanden ist. Eine weitere erwiderte vollständige Vertreterversammlung fand statt, als die Stadtverordnetenversammlung die Forderung der Arbeiter- und der sozialdemokratischen Arbeitervereine eingeleitete Arbeitsordnung lang und kanalisiert verabschiedet hatte. Als Vorstand der Ablehnung diente den Stadtverordneten wieder die oft erwähnte Arbeiterart von der „Beschäftigung der Stadtmädchen“. Eine weitere gut besuchte Versammlung der Filiale Groß-Berlin beschäftigte sich ausgiebig mit den Aufgaben des bestehenden Verbandes und erreichte als Ergebnis war die Beschlüßfassung einhellig der Ansicht, daß der Ausbau der Verbandseinrichtungen vor sich gehen müsse.

Zu ähnlichen erörterter Art kam es im Mai vorigen Jahres auf dem Werk der J. C. G. A. Mariendorf, woselbst drei Kollegen amahregegt wurden. Von einer Gesellschafter Versammlung des Verbandes wurde leider Abstand genommen werden, und die drei Kollegen wurden vom Verbande entfernt. Anlässlich der Winterernte kam es in der Gaswerkstatt zu Mariendorf zu neuen Konflikten, indem man die meistfeindlichen Kollegen, so an der Zahl, nicht wieder einholte. Da hatten dadurch einen Teil unseres Verbandes ein und nahmen außerdem zuziehen, wie sich die Fische Tunderischen Gewerkschaft vereinigt in das gemacht Teil legen und sich als Vorstand bei der Direktion anstellten. Hier die Geruchheit der Direktion dauerte nur lange, denn im Herbst vorigen Jahres hatte diese Transaktion auswärts und einer ihrer verantwortlichen Vertreter, Kambur, machte der Ansicht, wegen Widersprechens, die dem Götter mit Strafe bestraft hat, den Schaden leben.

In einer im Juni abgehaltenen Generalversammlung wurde die Historikerkommission zur Klärung der Parteipolitik unter den Gemeindevorstandern ins Leben gerufen und zugleich beschlossen, für die Mitglieder dieser Kommission Unterstützung zu leisten, um die Ausführung gelangte und der nächste seine Durchführung finden wird. Die Kollegen Bunkin, Kraw und Zittmer werden die Stelle leiten. Im Herbst fand dann noch eine öffentliche und öffentliche Versammlung bei Mariendorf statt, in der die Forderung aller hiesigen Vertreter an den Vorstand übergeben wurden. Neben der Erörterung unserer Verhältnisse hat sich zur Stunde noch nichts weiteres getan, obwohl ich jedoch, daß die anderen hiesigen Komitees der Arbeit nur zu einem Teile weiterkommen werden.

Außer in diesen die Gesamtheit einschließend in Verhandlungen waren die Kollegen des Parteiverbandes auch mit in dem einen solchen Ziel stehen kann. Die Gesamtheit mit ihrem vollständigen Arbeiterstand nach und nach unserer Organisation anschließen, ist eine Aufgabe, die dringend der Erfüllung bedarf. Eine große Anzahl Mitglieder, die durch die anderen Kreise beschaffen wurden, wurden wir zum Vorstand berufen. Bei uns waren in Arbeitsgemeinschaften und Parteiverhandlungen nach n. Glanz eine solche Fortschritt, Arbeitsgemeinschaften und Parteiverhandlungen politischer Art kamen vom Zentrum, der Arbeitervereine, Parteiverhandlungen, Parteiverhandlungen, so daß wir heute als uns selbst war, den Weg in die Parteiverhandlungen finden müssen. Wir treten an dieser Stelle auch offen aus, daß das Zentrum des „Vormarsch“ und der Gewerkschaft für die Interessen der hiesigen Arbeiter nicht unberührt gelassen ist und „am“ sich hier und da doch Ruhe gab, Nachforschungen angestellt, um einen

**Agitationsbericht der Filiale Groß-Berlin.**

In der am 7. Februar abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Groß-Berlin wurde seitens des Kollegen Kay ein Bericht über Agitation und die Fortschritte der Organisation gegeben. Nachher führte etwa folgendes aus:

Wir haben uns bei unserer Agitation stets von den Gesichtspunkten leiten lassen, daß es zur endgültigen Durchführung unserer Forderungen an Gewerkschaft oder Staat des Zusammenschlusses aller gleichartigen Berufsgruppen bedarf, und daß als Handlungsgrund eines solchen Zusammenschlusses nicht nur allein der hohe Wert unserer Gemein, sondern auch die Indifferenz oder Teilnahmslosigkeit großer Kollegenkreise in Frage kommt. Diese Gesichtspunkte zu befestigen, die für den großen Massenkampf zur baldigen Lösung zu gewinnen, sie zu unterstützen an den Problemen der Gemeinheitsbewegung, sie den betreffenden Organisationen zuzuführen, das sind die wesentlichen Aufgaben der Agitation.

Was wir Unrecht haben in den letzten 10 Jahren die große Gewerkschaften ihre Interessen einzeln durchzusetzen auszugehen und gerade dabei getroffen, daß den Mitgliedern außer in Fällen von Notständen auch nach Unternehmung der gesamten und Arbeitslosigkeit geboten wird. Der Mensch und was es der ideal gebührt, darüber steht, was möglich ist, gewisse Vorteile, was nachahmen, was die Leute selber machen einem Gewinn erziel. Mag sich nun dieser Vorteil nur durch die in der Gewerkschaft lebende Leben und Arbeitsgemeinschaften oder im Einklang bestimmte Unternehmungswiese darstellen, immer muß es sich befinden in der Gegenwart zeigen, daß die Arbeiter gern fragen: Was ist der Zweck?

Es ist dem hiesigen Arbeiter die ehemalige Gewerkschaft über das Wissen die gemeinsamen Vorteile nicht geworden, und er nicht müde, wo der Gehalt zur Verbesserung sein kann, von dem der Arbeiter der Möglichkeit er nach und nach Teil zu erhalten, anzukommen ist. Eine gewisse Schonhalt ihn davon ab, seinen Willen auszuüben und die „Autoren“ der Arbeit zu sein, für die Arbeit, den ersten Schläger an die Personalisten seiner ehemaligen Stellung als hiesiger Arbeiter zu ermahnen.

Da heißt es nun mit all den Mitteln einlegen, die der modernen Agitation zur Verfügung stehen: mit Wort und Schrift, mit Ungehör, Stutzerreden, Unterpektionen und sorgfältigen Diskussionen, in denen die Arbeiterklasse ihre Vertretung hat, wird begonnen werden müssen.

Auf die nach Arbeitslosigkeits arrangierten Schichtversammlungen haben sich bis jetzt ganz ausgezeichnet

schweren Anlauf zur Hebung der schlimmsten Mißstände zu machen."

Die schlecht bezahlte Gruppe der Kanalarbeiter, der die freifeldarbeiter und die Arbeiter der Lausläge angegliedert sind, hat uns im letzten Jahre gleichfalls viel beschäftigt. Die Kanalarbeiter sind um die Bewilligung eines Arbeiterauschusses und die Gewährung einer Anzahl anderer wichtiger Forderungen eingeschritten, die bereits zum Teil bewilligt sind.

Die Kollegen der hiesigen Wasserwerke, die im vorigen Jahre glaubten, nach der Vertragsverlängerung werde die Zahl der beschäftigten Kollegen rapid fallen, werden über das eingetretene Gegenteil höchlich angenehm überrascht sein. Die Zahl der Beschäftigten ist auch hier genügend. Ziel zu schaffen machte uns zunächst die Section Friedrichshagen, wo der bekannte Herr Anklam sein Exzerpt schwingt. Gewisse Beamte scheinen sich nach unten nicht mit der Tatsache abzufinden, daß die meisten Arbeiterauschüsse gleichberechtigte Partner bei der Festlegung der Arbeitsverhältnisse sind. Am Tegeler Wasserwerk konnten es einige Kollegen fertig, durch Sonderpetition den Kollegen und dem Arbeiterauschuss in den Rücken zu fallen. Eine solche Missetate der Organisationsbrüche aber die Mehrzahl der zur Beherrschung des Verhältnisses Kollegen sind auch der letzten Generalversammlung der Filiale idyllisch fadel.

Über Maßregelungen und schlechte Behandlung auch in der Straßenreinigung Klage zu führen. Die ständige Forderung, daß diese Kollegen von Arbeitern sich nach menschliche Behandlung und den Luxus eines "blauen" Ortsnamens genossen, der natürlich als Schutzkolonne gegen den Fortschritt getraut wird, verhindert seitwärts ein energisches Fortschreiten unserer Organisation in jenen Arbeitsteilen; jedoch nachhin mit langsam und beständig.

Einen Hinweis von circa 200 Mitgliedern erhielt die Filiale nach Berlin durch den geschlossenen Beitritt der Revierkollektionen, die jedoch in dem Mitgliederverzeichnis des Quartals noch nicht aufgeführt sind. Mit Eifer und Energie wurde auch die Agitation in den Krank- und Jernhäusern betrieben. Wenn die Fortschritte der aufgewandten Mühe nicht entsprechen, so liegt das an der unrichtigen wirtschaftlichen Lage der Streifenausgeschickten. Zusammen hat sich die Zahl der in Krankenhäusern organisierten Kollegen im letzten Halbjahr um 20 Mann gehoben. Im neuen Jahre hat die Agitation unter dieser Angelegenheit wieder aufs neue eingesetzt und hoffen wir, daß der Erfolg schließlich ein beträchtlicher ist. Das gleiche wäre von den Angehörigen in den Badeanstalten zu sagen.

Neu organisiert wurden die Fernmessungsgehilfen und Zahnbeizler, sowie die Betriebe Wilmersdorf, Köpenick und Hummelshagen. Der Filiale Groß Berlin gehören somit die Orte Köpenick, Schöneberg, Charlottenburg, Weißensee, Lichterfeld, Mümmelsburg, Köpenick und Wilmersdorf an, in denen wir hiesige Arbeiter organisiert haben. Fortwährende Schwierigkeiten machen hinsichtlich der Organisationsmöglichkeit die Straßenreinigung in den Bezirken, die so wenig willensstark sind, daß sie sich von einem einzigen geriebenen "Schreiber" wie kleine Kinder bewegen lassen.

Im Selbst streifte Kollege Man nach die augenblickliche politische Situation im Reich, erwähnte das vorläufig zurückgeworfene Arbeiterauschüsse und meinte, daß in der nächsten Zeit an die deutschen Arbeiter ganz andere Anforderungen hinsichtlich der Forderung ihres Arbeiterauschusses gestellt werden, wie früher. Man kann uns wohl hier und da im Entschlossenheitsgefühl kommen, aber den Willen des einzelnen kann kein Gesetz beugen. Wenn der "einzelne" nur erwidert seine Stellung im Staat und Gesellschaft bezieht. Demnach will man sich in kommenden Jahren und werden sie uns Schwere bringen, reichlich wollen, schwer zu erlangen zu erhalten!

### Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Nach dem Jahresabschluss der Gaswerke der hiesigen Stadt (Schlesien) die hiesigen Gaswerke für das Jahr 1906/07 mit einem rechnerischen Soll von rund 100 Millionen Mark ab. Die Einnahmen der Gasanstalten betragen rund 110 Millionen Mark und in den verschiedenen Filialen des Reichs. Diese Einnahmen die Einnahmen aus der Verwaltung des Reichs und der Provinzen mit rund 100 Millionen Mark, dem Eisenbahnen mit rund 110 Millionen Mark, dem Reich und Eisenbahnen mit rund 110 Millionen Mark und der Provinzen mit rund 110 Millionen Mark. Die hiesigen Gaswerke sind mit rund 70 Millionen Mark und mit Einnahmen von rund 100 Millionen Mark. Es ist somit um eine 30% mehr als noch dem Jahr 1905/06. Demnach wurde, was zum Teil auf den Erfolg der verschiedenen Gaswerke zurückzuführen ist, die bei den hiesigen Gaswerken, die zum Teil bekannt werden und nun an die hiesigen Gaswerke zu übertragen sind 10 Millionen Mark. Die Gaswerke für Berlin haben begünstigt sich auf rund 100 Millionen Mark.

### Aus den Stadtparlamenten.

Frankfurt a. M. Feuerungszulage an städtische Beamte und Arbeiter. Der Bericht des Finanzausschusses an die Versammlung der Stadtverordneten wegen Gewährung einer Feuerungszulage an städtische Beamte und Arbeiter ist soeben erschienen. Der Bericht weist u. a. darauf hin, daß sich Frankfurt nicht in der gleichen Lage wie die meisten anderen deutschen Städte befindet, die jetzt erst an neue Gehalts- und Lohnregulierungen herantreten und diese mit einer Feuerungszulage als Abblagszahlung für zu erwartende Gehalts- und Lohnregulierung beginnen. Die Stadt Frankfurt hat seit 1897 zu wiederholten Malen wesentliche Aufbesserungen eintreten lassen, die allein im Jahre 1906 729 000 Mk. betragen haben und durch Zulagen in neue Stufen für 1907 283 000 Mk. in Anspruch nehmen werden. Obwohl also nicht die Gewährung von Feuerungszulagen in anderen Städten für Frankfurt vorzuziehen sein kann, muß doch — so heißt es im Bericht — ohne weiteres zugegeben werden, daß die Steigerung der Lebensmittelpreise in letzter Zeit einen Umfang angenommen hat, der durch die früheren Aufbesserungen nicht gedeckt wird und, daß infolgedessen in erster Linie die höchsten Einkommen unter der Maaßstab der wirtschaftlichen Verhältnisse zu leiden haben. Die beantragten Zulagen werden 30 Beamten und 2000 Arbeitern zugute kommen und 110—120 000 Mk. kosten. Der Ausschuss beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, sobald als möglich folgende Zulagen zu gewähren: 50 Mk. in zweimaligen Zulagen von je 25 Mk.: 1. allen verheirateten hiesigen Arbeitern, die einen Tageslohn bis zu 4,50 Mk. oder einen Monatslohn bis zu 117 Mk., ohne Anrechnung des Alterszuschusses und der Zulage, beziehen; 2. allen verheirateten unehelichen Arbeitern, die mindestens vier Monate in dem laufenden Etatsjahr beschäftigt gewesen sind und am Auszahlungstag noch beschäftigt sind mit dem gleichen Tageslohn; 3. allen Beamten mit einem Gehalt bis 2000 Mk. Ten Verheirateten werden auch die Beamten und Arbeiter gleichgesetzt, welche Alterszuschüsse beziehen. 25 Mk. in einmaliger Zulage sollen erhalten diejenigen den vorigen Voraussetzungen zu 1, 2, 3 entsprechenden Beamten und Arbeiter, die nicht verheiratet sind, aber eine andere Person dauernd in ihrem Haushalt aufgenommen haben, deren Unterhalt sie ganz oder zum größten Teil bestreiten. Die Zulage wird entsprechend ermäßigt, wenn bei voller Gewährung der nachhöhere Gehalt oder Lohn bis 2000 Mk. bzw. 117 oder 4,50 Mk. überschritten werden würde.

Ziel. Lohnzahlung an städtische Arbeiter. Der Magistrat hat neue Bestimmungen über die Fortzahlung des Lohnes an städtische Arbeiter bei Behinderung an der Leistung ausgearbeitet, um für die nach § 616 A. O. B. den zur Dienstleistung Verpflichteten gesetzlich zuzubehaltenden Vergütungen möglichst gleichmäßig zu erzielen. Eine feste Normierung der Frage liegt naturgemäß ebenso im Interesse der Arbeiter wie der Stadt. Hierbei ist zu betonen, daß den Arbeitern insbesondere für den Fall längerer Krankheit eine vorzügliche Sicherstellung gemacht wird, die ohne Zweifel dazu beitragen wird, der Stadt einen tüchtigen Stamm hiesiger Arbeiter zu schaffen und zu erhalten. Die Bestimmungen sind nach eingehender Erörterung mit den sämtlichen Parteiführern entworfen worden. Auch den Arbeiterauschüssen der hiesigen Bezirke ist in einer gemeinsamen Sitzung Gelegenheit gegeben worden, sich über den Entwurf zu äußern und ihre Wünsche vorzubringen, die auch zum Teil berücksichtigt sind. Die wichtigsten Punkte der neuen Bestimmungen, deren Genehmigung durch die hiesigen Kollegen demnächst erfolgen soll, sind die folgenden: § 2. Arbeiter, die erkrankt sind, erhalten vom dritten Tage nach der Erkrankung ab den Lohn zu vier Fünfteln und, wenn ein oder mehrere eheliche Kinder vorhanden sind, die das schulpflichtige Alter nicht überschritten haben, den vollen Lohn nach Maßgabe des § 3 ausbezahlt. Uneheliche Kinder der Arbeiterinnen haben den ehelichen gleich. § 3. Der Lohn wird ausbezahlt: 1. ohne weitere Voraussetzungen bis zu einer Woche; 2. nach einjährigem bei der Stadt verbrachter Dienstzeit bis zu zwei Wochen; 3. nach dreijährigem bei der Stadt verbrachter Dienstzeit bis zu drei Wochen; 4. nach fünfjährigem bei der Stadt verbrachter Dienstzeit bis zu sechs wöchentlichen Wochen. — In der Fortzahlung des Lohnes gemäß §§ 2 und 3 kommt hinzu, so findet eine weitere Fortzahlung wegen Krankheit bei Ablauf voller 12 Monate nach Wiederannahme der Arbeit nicht statt. § 4. Soweit die Krankheit eine Woche oder länger, dann wird der Lohn für die ersten zwei Tage nachbezahlt. § 5. Alles, was die Arbeiter infolge der unvollständigen Bezahlung andernorts auf Grund rechtlicher Ansprüche erhalten, wird auf den fortzahlungsbefähigten angerechnet. § 7. Arbeiter, die an Arbeitsunfällen erkrankt sind, erhalten nach einjährigem bei der Stadt verbrachter Dienstzeit zwei Drittel und, wenn ein oder mehrere eheliche Kinder vorhanden sind, die das schulpflichtige Alter nicht überschritten haben, den vollen Lohn bis zur Dauer von vierzehn Tagen ausbezahlt. § 8. Arbeiter, die den Lohn in Urlaub an demselben Staats- oder kommunalen Vernehmen erhalten, erhalten den vollen Lohn für die zur Beurlaubung dienlich erwerbende Zeit bis zum Ende der Beurlaubung. § 9. Arbeiter, die den Lohn infolge Verletzung der Bestimmungen erhalten, kann der vollen Lohn bis zum Ende der Beurlaubung ausbezahlt werden. Die Entscheidung trifft der sachverständige Magistrat.





treter Fröhl II. — Besonders gute Stimmung herrschte bei den Arbeitern des Zentralstraßenhofes. Die Sektionsleitung wird hier aus den Kollegen Mäuger, Schwadewald und Kow zusammen. 6 Kollegen traten hier dem Verbands bei. — In der Versammlung der in den Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeiter wurde besser besucht sein können. Hier verhalten sich die Kollegen zur Teilnahme von Meutern recht ablehnend. Wir hoffen, daß dies bald geändert wird. Alle Kollegen sollten sich mit freudigem Eifer zur Teilnahme stellen. Die Leitung dieser Sektionen übernahmen die Kollegen A. Höppner als erster, A. Heutel als zweiter, H. Henschel als Leiter, A. Kefeldt als erster, C. Gniel als zweiter Vorsitzender. Durch den Bericht der Arbeiterausführungsglieder wurden zu dem Entschluß, zwecks Einführung der 9 Stunden Arbeitszeit für alle in den Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeiter eine Petition an den Magistrat ergehen zu lassen. Der schwache Versammlungszug der Gas- und Wasserwerks-Arbeiter ist darauf zurückzuführen, daß die zum Teil unorganisierte Schicht hier in der Wahl der Sektionsleitung wurde vertagt. Es wird zu in nächster Zeit eine Versammlung stattfinden. In allen Versammlungen wurde auf die am Sonntag, den 2. Februar 1907, stattfindende öffentliche Versammlung hingewiesen. Die Kollegen Grode und Grünemann gaben einen Aufruf an die in der nächsten Folge stattfindenden Festtagensprechungen. Den Kollegen wurde außerdem geachtet, mehr denn je sich unserer Arbeit, der Gewerkschafts- und der Arbeiterpreise zu widmen. Wir hoffen, daß die Kollegen sich an dieser Stelle darauf einwirken, daß die Sektionsleitung seinen einigen Vorschlägen den Kollegen gegenüber zu berücksichtigen ist. Man soll berücksichtigen, daß der Arbeiter sich besonders in dieser Beziehung hervortritt. Die Sache ist wichtig so weit, daß ein ihm unterstellter Kollege kündigte, weil er nicht den Betriebsbedürfnissen nachkommen konnte. Die Sektionsleitung wird hoffentlich aus den zahlreichen Beschwerden die rechte Entschloßung ziehen. Weiter gibt es auch noch Elemente, die sich als Bundesrat, Gewerkschaftsleiter und dadurch, daß sie für den Handel dem nächsten Vorgesetzten überlassen, ausgeben. Ebenso bestehen auf dem Bauhof recht viele, ähnliche Elemente. Wir hoffen, daß die Kollegen nach seiner Gewinnung und seiner Zugehörigkeit zum Verband betragt. Auf den abschließenden Bericht kam die Antwort: „Schöne Meile!“ Alle Arbeiter sind sich dadurch zu entschließen, daß sie schwere und schmutzige Arbeit auszuüben bekommen. Mögen sich die Kollegen, die sich ihrer Arbeit bewußt werden, dafür sorgen, daß durch die Organisationsarbeit geschaffen wird. Zeitlicher Kollegen! Euch ist jetzt Gelegenheit geboten, für Verbesserung Eurer Arbeits- und Lebensbedingungen einzutreten. Euch ist Gelegenheit geboten, schon jetzt zu zeigen, daß Ihr bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, oder bei Unfällen, Hilfe und Unterstützung habt! Schließt Euch unserer Organisation an!

**Wiesbaden.** Am 6. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab, in der die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt gegeben wurde. An Einnahmen waren mit dem alten Massenband 121,33 Mk., an Ausgaben für den Komptorstand 59,87 Mk., Zuzahlungen 191,35 Mk., so daß ein Massenbestand von 152,81 Mk. verblieb. Der Mitgliederbestand belief sich auf 300 männliche und 9 weibliche Mitglieder. Der Partei wurden für Reichstagswahlen 140 Mk. bewilligt. Nachdem der Vorstandsbericht der Parteileitung von Seiten der Kollegen Schäfer und Grün gegeben war, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Als 1. Vorsitzender wurde H. Ph. Schäfer, als zweiter Vorsitzender H. Weber, als Schriftführer J. Pudy und als Kassierer A. Seibel wiedergewählt; Kollege Kormann, Weber, als Parteileitende wurden die Kollegen Schäfer, Pudy, Adolf Schäfer und Dobra gewählt. Als Ehrenmitglieder wurden die Kollegen Korn und Grün neu gewählt. Am 1. Februar tagte eine Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war. Es lag ein Antrag des Vorstandes vor, den den wir um einen Lokalbeitrag von 5 Pf. zu erhöhen, um die Veranschlagung für das Arbeitersekretariat einbehalten zu lassen. Nach Erläuterungen des Antrages und heftiger Debatte, die gegen den Antrag richtete, wurde der Antrag abgelehnt. In der anschließenden Sitzung wurde Kollege Ph. Schäfer als Parteileiter, Genosse C. L., sowie Genosse L. und K. als Ehrenmitglieder, nahmen die Gewerkschaft wahr, über die Parteileitung, in der ein Antrag des Genossen L. den unzufriedenheitsvollen Arbeitern einen Mindestlohn von 2 Mk. zu gewähren veranlaßt wurde, welcher aber leider abgelehnt wurde. C. L. betonte, daß er gewillt sei, in der nächsten Sitzung einen anderen Antrag einzubringen, den er verlor. Der Antrag wurde mit Rücksicht aufgenommen. Genosse L. betonte, daß er der Ansicht sei, es müsse durch die Organisation viel mehr erreicht werden, wie bisher geschah. Er wünschte, daß eine Kommission gewählt werden möge, die dem Genossen L. Material zu beschaffen, damit er auch in der nächsten Sitzung seinen Antrag den Tatsachen entsprechend vorlegen kann. Dessen Wunsch wurde entsprochen und von jedem Mitglied 2 Mann hierzu bestimmt.

**Worms.** Es wird auch in Worms, von unserer Seite einmal etwas zu erfahren. Wenn man so zusehen mag, wie

unsere Kollegen die Versammlungen schwänzen, so könnte es den Anschein erwecken, als ginge es den Leuten sehr gut und daß sie keine Ursache hätten, sich zu beschweren. Ein Blick in die hiesigen Verhältnisse und man fragt erstaunt: Ist es möglich, daß es noch Arbeiter gibt, welche sich eine solche Mißwirtschaft und Behandlung ruhig gefallen lassen? Wie kann eine Stadtverwaltung es verantworten, daß z. B. ihre Straßenreinerer jeden Morgen eine Viertelstunde vor Beginn der Arbeitszeit im Depot sein müssen, ohne hierfür bezahlt zu werden. Und nicht allein das. Auch nach Schluß der Arbeitszeit muß jeder einzelne seine Besen nach dem Depot bringen, wenn auch der Arbeitsplatz eine halbe Stunde und noch weiter von dem Depot entfernt ist. — Die bei der Schichtabfuhr beschäftigten Kollegen sollen Handtücher, Seife und Waschwasser gestellt erhalten. Eine gute Waschvorrichtung ist vorhanden, aber Seife und Warmwasser kann man sich mitbringen. Nur zwei Minuten Verspätung wird man einen halben Tag nicht zur Arbeit ungelassen. Von der guten Bezahlung wollen wir vorläufig schweigen. Für die höheren Plazanten hat es Feuerungszulagen gegeben. Die Arbeiter hat man dabei vergessen! Wohl und unseren Kollegen die Verhältnisse nur zu gut bekannt. Sie kämpfen da, wo es niemand hört oder sie wünschen den Nachbarn alles mögliche Gute. Aber dadurch wird es nicht besser. Es ist deshalb unbedingt nötig, daß die Kollegen die Verhältnisse kennen, um gemeinsam darüber sprechen zu können. Es genügt nicht, wenn die Beiträge pünktlich bezahlt werden und man sich um weiter nichts kümmert. Unser Stadtparlament bringt uns keine Verbesserungen auf dem Präzedenzfall. Wir müssen unsere Rechte auf bessere Behandlung und Bezahlung fordern. Deshalb, Kollegen, laßt die Laubzeit beiseite, zeigt, daß Ihr Mächtig seid, die gewillt sind, für ihre Familien bessere Verhältnisse zu schaffen. Zeigen wir, daß wir uns nicht fürchten, dann wird ein Erfolg nicht ausbleiben.

### Rundschau.

Die Parteiverhältnisse im neuen Reichstage. Nach den nun vorliegenden Wahlergebnissen ergeben sich folgende Fraktionsstärken. Es erhielten:

Mandate	1907	1903	Gewinn + Verlust -
Sozialdemokratie . . . . .	43	81	- 38
Konservative . . . . .	60	52	+ 8
Reichspartei . . . . .	22	22	-
Antisemiten . . . . .	27	21	+ 6
Nationalliberale . . . . .	56	51	+ 5
Zentrum . . . . .	108	104	+ 4
Freisinnige Vereinigung . . . . .	16	10	+ 6
Freisinnige Volkspartei . . . . .	27	20	+ 7
Deutsche Volkspartei . . . . .	6	6	-
Folien . . . . .	20	16	+ 4
Verchiedene Parteien . . . . .	12	16	- 4

Gegen die Wahl von 1903 hat sich das Verhältnis zugunsten der Rechten verschoben. Es wurden gewählt: 1903 1907  
 Konservative, Antisemiten und Reichsparteiler 95 | 146 | 109 | 185  
 Nationalliberale . . . . . 51 | 56 |  
 Zentrum, Elässer . . . . . 113 | 120 | 115 | 135  
 Folien . . . . . 16 | 20 |  
 Sozialdemokraten . . . . . 81 | 43 |  
 Freisinnige Vereinigung, Freisinnige Volkspartei und Deutsche Volkspartei . . . . . 36 | 117 | 49 | 92  
 Bei keiner Partei . . . . . 5 | 5

Das Resultat der Wahl bedeutet demnach eine nicht unerhebliche Schwächung der Linken, selbst wenn man annimmt, daß von den „Freisinnigen“ nicht etliche sich mehr konservativ als freisinnig fühlten und jeden reaktionären Vorstoß mitemachen werden.

Die Revolver der Berliner Straßenreinigungsaufsicht. Die Deputation für die städtische Straßenreinigung hat beschlossen, die Antisemiten der Straßenreinigung mit Revolvern auszurüsten, und zwar sollen sie die Waffen an einem goldenen Gürtel umgeschminkt tragen. Die Maßregel wird für notwendig gehalten, weil es nichts wiederholt vorgekommen ist, daß die Straßenreinerer von radikalisierten Elementen entweder tätlich anzugreifen oder doch in ihren Arbeiten gehindert wurden. Es wird gefordert, daß allem schon den Zuschnitten der Waffen genügen wird, Angreifer in Schranken zu halten.

Arbeiter Bildungsschule Berlin, Grenadierstraße 37. Lehrplan für das 1. Quartal 1907: Montag: Geschichtliche Entwicklung des Christentums. 1. Das Judentum. Vortragender: Dr. Max Laurentz. Mittwoch: Soziale Gesetzgebung. Deutsches Arbeiterrecht. 2. Teil: Die Arbeitergesetzgebung. Vortragender: Simon Magenheim. — Donnerstag: Arbeiterbildung. Nebenan in Dispensieren und halten von Vorträgen unter Leitung der Reden und Zeichen hervorragender Redner. Vortragender: Julian Pöschel. Freitag: Nationalökonomie. Tabellen der Weltmarkts. Vortragender: Max Gammow. — Samstag: Geschichte (Die große französische Revolution [1789—1799]),



Vortragender: Max Maurerbrecher. (Der Unterricht in diesem Geschichtsfach beginnt am Freitag, den 15. Februar, in Sieglitz, Ahornstraße 15a bei Schulheiß.) — Sonnabend: Literaturgeschichte (Die romanische Schale und ihre Ausläufer. Vortragender: Heinrich Zobel. — Montag: Fortschrittspursus in Nationalökonomie. Vortragender: Julian Vordardt. Der Unterricht beginnt in Geschichte: Montag, den 11. Februar; Soziale Gesetzgebung: Mittwoch, den 13. Februar; Medienzeitschrift: Donnerstag, den 14. Februar; National-Ökonomie: Freitag, den 15. Februar; Literaturgeschichte: Sonnabend, den 16. Februar; Fortschrittspursus in National-Ökonomie: Montag, den 11. Februar. Zum Fortschrittspursus werden nur ziert 20 Teilnehmer zugelassen, welche schon einen Kursus in National-Ökonomie besucht haben müssen. Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf., das Unterrichtsgehalt für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mk. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im Schulhof Grenzaderstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachfolgenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Meul, Barnimstraße 42; Vogel, Vorjägerstraße 37; Rahm, Ravenstraße 6; Hirsch, Engländer 15. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Kammé, Berlin S. 59, Freiligrathstraße 3, Kurgebäude IV, zu senden.

**Kapitalistisches Schwarzrobertum.** Nach einer vom Berliner „Vörien-Courier“ gebrachten Zusammenstellung erzielten die 45 deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften im Jahre 1905 eine Gesamtprämien- und Zinseneinnahme von 649.000.000 Mk. gegen 611.000.000 Mark im Vorjahre. Das Vermögen der Gesellschaften wuchs von 3.588.000.000 Mk. auf 3.537.000.000 Mk. und der Gesamtüberschuß von 101.000.000 Mk. auf 107.000.000 Mk. In erster Stelle mit allen Ziffern steht die „Rittoria“, die allein einen Ueberschuß von 21.000.000 Mk. verzeichnet, dann folgt die Gothaer Lebensversicherungs-Gesellschaft mit 9.600.000 Mk. Ueberschuß, dann reiht sich an die „Germania“ mit 6.700.000 Mk. Sämtliche Gesellschaften hatten Ende 1905 einen Bestand von 2.338.871 Policen mit 8.305.921 1/4 Mk. Versicherungssumme. Größeres Interesse beanspruchen die geleisteten Versicherungen. Im Jahre 1905 belief sich der Abgang durch Eintritt des Versicherungsfalles, d. h. infolge Ablebens des Versicherten oder Ablauf der auf Zeit abgeschlossenen Versicherungen auf 170.879.609 Mk., während durch vorzeitigen Rückkauf, Reduktion der Versicherungssumme und Verfall der Policen 171.959.587 Mark in Abgang kamen. Die unangenehmeren Profile dieser Gesellschaften sind in der Gesamtschau auf ein förmliches Nullum der Ausbeutung, dem die Versicherten unterworfen werden, zurückzuführen. Zutreffend weist der „Vorwärts“ darauf hin, daß, wie überall, so auch auf dem Gebiete der Versicherungen die Vermögen der Armen am schlimmsten ausbeutet werden. Was von den aus Unkenntnis abgeschlossenen Versicherungen gesagt ist, gilt ganz besonders für die Vorkasseversicherungen. Auf diese Weise wird auf Kosten der Arbeiterbeitragsnehmer, die nur in kurzfristigen Zahlungen geringe Beiträge abgeben können, eine Umschneidung von Arbeitskraft nutzlos verendet. Einige Angaben mögen dies klarstellen: Die 11 Gesellschaften, welche sich um Vorkasse- und Arbeiterversicherung beschäftigen, hatten Ende 1905 einen Bestand von 1.125.500 Policen. Im Laufe des Jahres waren abgelaufen 94.571 Policen durch Forderung der Versicherungssumme infolge Ablebens des Versicherten oder Ablauf der Versicherungszeit, dagegen betrug der Abgang durch vorzeitige Aufgabe der Versicherung 196.213 Policen. Die Zahl derjenigen, welche nach kurzer oder längerer Zeit die Versicherung aufgaben, ist mehr als doppelt so groß, als die der Empfänger von Versicherungssummen. Und für jede der vorzeitig aufgelösten Versicherungen wurde im Durchschnitt ein Betrag von — 1,52 Mk. zurückgezahlt. In den meisten Fällen wird natürlich nichts zurückgezahlt. Die Versicherten lassen ihre Policen einfach verfallen durch Einstellung der Zahlungen. Durch Sterbefall und durch Ablauf der Versicherung bei Lebenszeit kamen insgesamt rund 16.200.000 Mk. in Abgang, dagegen beläuft sich die Abgangssumme infolge Aufgabe der Versicherung auf rund 50.000.000 Mk. Die Gesamtsummen der Vorkasse- und Arbeiterversicherungen betragen 90.770.556 Mk. Dieser Summe stehen an Ausgaben für die Versicherten folgende Posten gegenüber: Tod oder Ablauf der Versicherung (Verheidszusammen und Kontingenten) 15.507.646 Mk., Gewinnanteil 2.753.303 Mk., vorzeitig aufgelöste Versicherungen 26.032 Mark. Das sind insgesamt 16.559.371 Mk. direkte Ausgaben an die Versicherten. Zur Befriedigung der Forderungen wurden Arbeitslosen zum parteiübergreifenden Antritt und Arbeitsvermittlung öfters und dreimal überlassen, ehe sie in solcher Weise ihr Geld erhielten. Eine viel, viel besser, auf jeden Fall zur bringende Besserung ist der Antritt an die Berufsberatung.

Einen neuen Vorschlag zum § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes veröffentlicht die „Allgemeine Zeitung“. Die steuerliche Gerechtigkeit und ein unverkürzter Wohlstand verlangen gebieterisch eine gleiche steuerliche Behandlung, daß aber auf der anderen Seite aus der jetzigen Fassung des Gesetzes sich für die unteren Einkommensstufen zweifellos großen Ergeben, die entweder durch eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums von 900 Mk. oder durch eine Erhöhung des für ein Kind abzugsfähigen Betrages von 50 auf etwa 150 Mk. oder aber durch die Nichtrechnung des Arbeitsverdienstes der Frau in den des Mannes zu besitzigen wären. Nun zeigt die „Allgemeine Zeitung“ in der „Sozialen Praxis“ einen neuen Weg, indem er das Vorbild Baden vorweist, wo neben der Progression für die großen Einkommen eine eigenartig gestaltete Degression (Gerbahnung) für die kleineren durch das System der Steueranschläge erzielt wird. Der Gedanke geht dahin, die kleinen Einkommen von 900 bis 1000 Mk. etwa, wo ja in Preußen die Erklärungsfrist beginnt, zwar zu besteuern, aber nicht so hart. In Baden ist nun die Sache wie folgt gestaltet: Innerhalb des ersten Tausend wird das Einkommen nur zu ein Viertel, innerhalb des zweiten zur Hälfte und innerhalb des dritten zu drei Vierteln beanlagt, so daß also auf der Untergrenze der Steuerpflicht, bei 900 Mk. Einkommen nur 1/4 von 900 Mk. oder 225 Mk., bei 1000 Mk. nur 250 Mk. zu besteuern sind. Bei 1200 Mk. Einkommen wäre die Steuer zu bezahlen von 1/4 von 1000 = 250 + 1/2 von 200 = 100, zusammen von 350 Mk., bei 2400 Mk. Einkommen von 1/4 von 1000 + 1/2 von 1000 + 3/4 von 400 = 250 + 500 + 300 = 1050 Mk. Es betrage dann also bei 2400 Mk. Einkommen der Steueranschlag oder das Steuerkapital nur 1050 Mk.; die Steuer würde dann für Preußen von 41 auf 9 Mk. ermäßigt werden; bei einem Einkommen von 3000 Mk. würde das Steuerkapital 250 + 500 + 750 = 1500 Mk. betragen und die Steuer deshalb von 60 auf 21 Mk. zurückgehen. Das sind, wie man sieht, ganz gewaltige Erleichterungen, die es durchaus unbedenklich machen, mit dem Mittel des § 23 auch die seither vielfach steuerfreien Einkommen zu erlassen. Nicht von einer Aufhebung des § 23 kann deshalb der einzig vernünftige und gerechte Steuerzustand erhofft werden, sondern nur von einer Änderung der Wertungen desselben, deren Tragweite im Augenblicke der Entschung des Gesetzes und unter den dabei waltenden etwas überhöhten Verhältnissen nicht so klar übersehen werden konnte. Der Gedanke des § 23 ist ohne jede Frage gut, weil er Gerechtigkeit will und Gleichheit schafft! Die Ausführung des Gedankens aber bedarf der Korrektur. Daß dabei auch die Schwächsten im Verdacht, die sie viel Bemühen gekostet haben, mit bestraft werden müssen, ist selbstverständlich.

Der belgische Gewerkschaftskongress sagte in Brüssel und hat die Manuskripten der meisten belgischen Gewerkschaften erhalten. Von jener Zentralisation der Straße ist wenig die Rede. Es scheint zwar eine Gewerkschaftskommission, welcher im ganzen dieselben Aufgaben zugewiesen sind, wie unserer belgischen Gewerkschaften, man hat es aber lieber noch immer nicht zur Annahme eines belgischen Zentralrats abdrückt. Nach der Bestätigung früherer Kongresse sollen die Gewerkschaften, welche der Kommission angeschlossen sind, pro Mitglied und Jahr 5 Centimes an diese abzuführen; wie aus dem Berichte der Kommission hervorgeht, sind im Berichtsjahre die Beiträge von 55.000 Mitgliedern, das sind für 22.000 mehr als im Vorjahre, eingegangen. Es ist leicht erklärlich, daß bei solcher geringer Summe aus den der Kommission keine großen Leistungen erwartet werden können. Das ganze Budget der Kommission weicht eine Jahresrechnung von 2000 Francs und eine Ausgabe von 3000 Francs auf; nach der Bestätigung eines Defizits für das von der Kommission herausgehende Teilgen verbleibt ein Bestand von 576 Francs. Die einzelnen Landesverbände überlassen es ihren Zweigvereinen und Provinzialverbänden, sich der Kommission anzuschließen oder nicht. So sind von den 60.000 genannten Beratern nur etwa 25.000 der Kommission angeschlossen, die Beiträge sind aber nur für 12.000 eingegangen. Die meiste Unterstützung wird der Gewerkschaftskommission von dem Metallarbeiterverbande zuteil. Dieser führt für seine 7000 Mitglieder regelmäßig die entsprechenden Beiträge an die Kommission ab, in diesem Jahre wird er entsprechend dem Zuwachs seines Mitgliederbestandes für 10.000 Mitglieder bezahlen.

**Totenliste des Verbandes.**

<b>Martin Feld, Berlin</b>	<b>Johann Schulz, Dresden</b>
† 3. Februar 1907 im Alter von 52 Jahren.	† 6. Februar 1907 im Alter von 43 Jahren.
<b>Chre ihrem Andenken!</b>	